

**POSTULAT** von Helen Kunz (LdU, Opfikon) und Mitunterzeichnende  
betreffend Einheitliche Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs

---

Der Regierungsrat wird ersucht, den öffentlichen Verkehr zu bevorzugen, indem er:

1. eine Grundsatzweisung an alle betroffenen Direktionen erlässt, wonach der öffentliche Verkehr grundsätzlich und unter Berücksichtigung der schwächeren Verkehrsteilnehmer zu bevorzugen ist,
2. einen direktionsübergreifenden Stab "öffentlicher Verkehr" auf Stufe Regierungsrat (VD,PD,BD) und unterstützt durch eine interne Arbeitsgruppe einsetzt,
3. die Ausarbeitung eines Massnahmeplans zur Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs, insbesondere in den Städten und der Agglomeration veranlasst.

Helen Kunz

Kurt Schreiber  
Felix Müller  
Peter Stirnemann  
Willi Germann  
Thomas Dähler

Begründung:

Die S-Bahn trägt wesentlich zur Attraktivität des öffentlichen Verkehrs bei. Sie ist dabei auf gut funktionierende Zubringer (Bus, Tram) angewiesen. Leider werden vor allem die Busse durch den wachsenden Individualverkehr immer mehr behindert. Dem öffentlichen Verkehr erwachsen dadurch jährliche Mehrkosten von mehreren Hunderttausend Franken, da zusätzliche Busse eingesetzt werden müssen. Ein Grossteil dieser zusätzlichen Kosten entfallen auf Strassen und Kreuzungen in der Zuständigkeit des Kantons. Es ist deshalb dringend nötig, dass alle neuen Erkenntnisse, wie sie in der Stadt Zürich und in anderen europäischen Städten vorhanden sind, auf dem gesamten Kantonsgebiet, vor allem in der Agglomeration angewendet werden. Damit ist ein einheitliches, kostensparendes System gewährleistet.